

Antrag

55. VCP-Bundesversammlung

Initiator*innen: Bundesrat 2 / 2024 (dort beschlossen am: 21.04.2024)

Titel: "Jugendarbeit - jetzt erst recht!"

Antragstext

1 Die Bundesversammlung möge folgendes Positionspapier beschließen. Das
2 beschlossene Papier wird von der Bundeszentrale an alle Vertreter*innen der
3 Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden und jugendpolitischen
4 Sprecher*innen der demokratischen Parteien im Bundestag versandt. Die
5 Landesbüros der einzelnen Länder verfahren genauso mit den Landesregierungen und
6 den Landtagsabgeordneten. Die Stämme versenden das Papier an die Bundes- und
7 Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises, an die Landkreise und Kommunen und die
8 jeweiligen Vertreter*innen. Die Bundesleitung erstellt eine Arbeitshilfe, die es
9 den Ebenen des Verbandes erleichtert, das Papier niederschwellig an die
10 politischen Vertreter*innen aus ihren Gebietskörperschaften zu versenden. Alle
11 Versendenden werden dazu aufgerufen, an verschiedenen Stellen im Nachgang des
12 Versandes eine Stellungnahme der Empfänger*innen anzufordern.

13 Jugendarbeit – jetzt erst recht!

14 Als Verband Christlicher Pfadfinder*innen (VCP) stehen wir für die Förderung von
15 Toleranz, Vielfalt und Demokratie. Als Teil der Zivilgesellschaft tragen wir
16 eine Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern und der Gesellschaft, um
17 Extremismus und demokratiefeindlichen Ideologien entgegenzutreten. Angesichts
18 der zunehmenden Bedrohung durch Rechtsextremismus und andere Formen des
19 Extremismus ist eine verstärkte staatliche Förderung der Jugendarbeit dringend
20 geboten.

21 Die Bedrohung durch Rechtsextremismus und demokratiefeindliche Ideologien nimmt
22 in unserer Gesellschaft alarmierend zu. Dies zeigt sich in einer Vielzahl von
23 Erscheinungsformen, angefangen von Hassrede und Diskriminierung bis hin zu
24 gewalttätigen Übergriffen und terroristischen Angriffen. Alle Menschen aber
25 insbesondere Jugendliche sind oft anfällig für extremistische Ideologien, da sie
26 sich in einer Phase der Identitätsfindung befinden und anfällig für
27 Einflussnahme von außen sind. Rechtsextreme Akteur*innen richten daher ihre
28 Aufmerksamkeit immer stärker auf eine junge Zielgruppe. Es ist daher von
29 entscheidender Bedeutung, dass die Jugendarbeit gestärkt wird, um diesen
30 Entwicklungen effektiv entgegenzutreten.

31 Deshalb fordern wir:

32 1. Erhöhung der finanziellen Mittel: Die staatliche Förderung der Jugendarbeit
33 muss deutlich erhöht werden, um die Kapazitäten von Jugendorganisationen für
34 demokratische und politische Bildung zu stärken. Dies umfasst die
35 unbürokratische Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Programme, Workshops,
36 Bildungsmaßnahmen und Projekte, die darauf abzielen, Jugendliche für
37 demokratische Werte zu sensibilisieren und sie gegen extremistische Ideologien
38 zu immunisieren.

39 2. Stärkung der Präventionsarbeit: Es bedarf einer verstärkten
40 Präventionsarbeit, die frühzeitig ansetzt und Jugendliche für die Gefahren von
41 Extremismus sensibilisiert. Dazu gehören beispielsweise Workshops zur
42 Medienkompetenz, interkulturelle Begegnungen und politische Bildung, die darauf
43 abzielen, Vorurteile abzubauen und ein Bewusstsein für die Bedeutung von
44 Demokratie, Toleranz und Respekt zu schaffen.

45 3. Ausbau der Netzwerke: Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen,
46 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schulen und anderen relevanten
47 Akteur*innen muss intensiviert werden, um ein effektives Netzwerk zur Prävention
48 von Extremismus aufzubauen. Der VCP ist bereit, aktiv an solchen Netzwerken
49 mitzuwirken und seine Expertise einzubringen.

50 Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Rechtsextremismus und
51 demokratiefeindliche Ideologien ist eine verstärkte staatliche Förderung der
52 Jugendarbeit unerlässlich. Der VCP fordert die Politik daher nachdrücklich auf,
53 die finanziellen Mittel für die Jugendarbeit deutlich zu erhöhen und Maßnahmen
54 zur Prävention von Extremismus zu intensivieren. Nur durch eine gemeinsame
55 Anstrengung von Staat, Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen können wir
56 unsere Jugendlichen wirksam vor extremistischen Ideologien schützen und auf
57 Dauer eine demokratische Gesellschaft erhalten.

Begründung

Mehrere Aspekte begründen, dass Jugendarbeit ein Mittel gegen den Vormarsch rechtsextremistischer Ideologien und demokratiefeindlicher Akteur*innen ist und dass Jugendarbeit genau der Punkt ist, an dem angesetzt werden muss:

1. Prävention ist effektiver als Intervention: Es ist allgemein anerkannt, dass präventive Maßnahmen effektiver sind als spätere Interventionen. Indem wir in die Jugendarbeit investieren und Jugendliche frühzeitig für demokratische Werte sensibilisieren, können wir verhindern, dass sie extremistischen Ideologien verfallen.
2. Jugendliche sind besonders anfällig: Jugendliche befinden sich in einer Phase der Identitätsfindung und sind daher besonders anfällig für Einflussnahme von außen. Extremistische Gruppierungen nutzen diese Vulnerabilität gezielt aus, um junge Menschen für ihre Ideologien zu gewinnen und richten ihre Kampagnen gezielt an diese Zielgruppe. Eine verstärkte Jugendarbeit kann dazu beitragen, Jugendliche zu stärken und ihnen die Fähigkeit zu vermitteln, extremistischen Einflüssen zu widerstehen.
3. Gesellschaftliche Verantwortung: Als Teil der Zivilgesellschaft tragen wir eine Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern und der Gesellschaft insgesamt. Extremismus und demokratiefeindliche Ideologien bedrohen nicht nur die Sicherheit und Stabilität unserer Gesellschaft, sondern auch die Grundwerte, auf denen sie basiert. Es liegt daher im Interesse aller, diese Bedrohung ernst zu nehmen und angemessen darauf zu reagieren.
4. Langfristige Investition in die Zukunft: Eine verstärkte Förderung der Jugendarbeit ist eine langfristige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Indem wir Jugendliche zu mündigen und demokratisch denkenden Bürger*innen erziehen, legen wir den Grundstein für eine stabile und friedliche Gesellschaft, in der Extremismus keinen Nährboden findet.

Zusammengefasst ist eine stärkere staatliche Förderung der Jugendarbeit angesichts der immer stärker werdenden Bedrohung durch Rechtsextremismus und demokratiefeindliche Ideologien unerlässlich, um unsere demokratischen Werte und unsere Gesellschaft zu schützen und zu erhalten.